

BRIEFING: UNTERWANDERUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER RÄUME DURCH PFLP- NETZWERKE IN EUROPA

Rebecca Schönenbach

Briefing: Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Räume durch PFLP-Netzwerke in Europa

Autorin: Rebecca Schönenbach

I. Executive Summary

Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) – eine seit 2001 von der EU als terroristisch eingestufte marxistisch-leninistische Organisation – hat ihre Operationsweise in Europa fundamental transformiert. Parallel zu bewaffneten Aktivitäten im Nahen Osten verfolgt sie eine gezielte „**Humanisierungsstrategie**“. Hierbei werden radikale, auf die Vernichtung Israels ausgerichtete Ziele unter dem Deckmantel von Menschenrechtsarbeit, medizinischer Hilfe und progressivem Aktivismus getarnt. Ziel ist es, gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen, staatliche Finanzmittel zu sichern und europäische Institutionen für eine „Terrorapologie“ zu instrumentalisieren.

II. Die Methodik:

Diskurspiraterie und institutionelle Mimikry: Ein zentrales Element der PFLP-Strategie ist die „**institutionelle Mimikry**“: Kader der Organisation werden gezielt in gemeinnützigen Nichtregierungsorganisationen (NPOs) wie AI-Haq oder dem PCHR untergebracht.

- **Semantische Umdeutung:** Frontorganisationen wie Samidoun nutzen eine „Diskurspiraterie“, indem sie Begriffe des post-kolonialen akademischen Diskurses – wie „Siedlerkolonialismus“, „Intersektionalität“ oder „Apartheid“ – adaptieren. Dies ermöglicht den Anschluss an westliche Bewegungen wie Fridays for Future, LGBTQ+-Gruppen (Queer Pride) und antirassistische Initiativen, um diese zu radikalisieren und eine breite „anti-imperialistische Front“ aufzubauen.
- **Radikalisierung der Jugend:** Durch die Besetzung emotionalisierter Themen werden legitime Anliegen instrumentalisiert, um ein Feindbild gegen westliche rechtsstaatliche Systeme aufzubauen, die als „zionistische Gebilde“ delegitimiert werden.

III. Strategisches „Lawfare“ und mediale Delegitimierung

Die PFLP nutzt das europäische Rechtssystem systematisch für „Lawfare“ (juristische Kriegsführung). Organisationen wie AI-Haq, AI Mezan und das PCHR arbeiten mit renommierten europäischen Partnern wie dem ECCHR zusammen, um Klagen gegen israelische Staatsbürger wegen angeblicher Kriegsverbrechen anzustrengen.

- **Zielsetzung:** Der Fokus liegt nicht primär auf juristischen Verurteilungen, sondern auf der Erzeugung einer medialen Vorverurteilung und der Diffamierung Israels als Rechtsstaat.

- **Manipulation durch Visualität:** Partner wie Forensic Architecture nutzen pseudowissenschaftliche Methoden zur „Blicklenkung“, um unter dem Deckmantel der Objektivität eine einseitige Täter-Opfer-Dichotomie zu zementieren und israelische Sicherheitsinteressen zu untergraben.

IV. Transnationale Allianzen:

Die Brücke zur „Achse des Widerstands“ Das Netzwerk fungiert als hybrider Akteur zwischen europäischer Zivilgesellschaft und militanten Strukturen im Nahen Osten.

- **Hybridität:** Organisationen wie Masar Badil dienen als Bindeglied zwischen westlichen Unterstützern und der von Iran geführten „Achse des Widerstands“ (Hamas, Hisbollah, Huthis). Sie ermöglichen Sympathisanten in Europa direkten Zugang zu Terror-Kadern und verherrlichen Gewaltakte – wie das Massaker vom 7. Oktober – als „heroisch“.
- **Iranische Einbettung:** Es besteht eine zunehmende ideologische und operative Konvergenz mit der Islamischen Republik Iran, die PFLP-Strukturen logistisch unterstützt und als Teil ihres transnationalen „Widerstandsprojekts“ begreift.

V. Gefahrenpotenzial und Sicherheitsrisiken

Trotz Verboten (wie im Falle von Samidoun in Deutschland) agieren Strukturen über Tarnorganisationen wie Masar Badil weiter. In Ländern ohne konsequente Verbote, wie der Schweiz, führen diese Netzwerke bereits zu direkten Gewalthandlungen und Anschlägen unter dem Label der PFLP (z. B. „Kommando Marc Rudin“). Die mangelnde Durchsetzung bestehender Sanktionen – etwa bei der Bereitstellung digitaler Infrastruktur in Deutschland – untergräbt die Terrorismusbekämpfung.

VI. Strategische Forderungen und Handlungsempfehlungen

1. **Lückenlose Durchsetzung von Tätigkeitsverboten:** Unterbindung der Aktivitäten von Tarn- und Nachfolgestrukturen (z. B. Masar Badil), um die Radikalisierung im zivilgesellschaftlichen Raum und die Propaganda gegen den Rechtsstaat zu stoppen.
2. **Transparenz bei der NPO-Finanzierung:** Einführung einer gesetzlichen Offenlegungspflicht für die Finanzquellen und Tätigkeitsberichte von gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen, um verdeckte Geldflüsse an Terrornetzwerke sichtbar zu machen.
3. **Reform des Gemeinnützigkeitsrechts:** Ausschluss von Organisationen von steuerlichen Privilegien, deren Wirken auf die Delegitimierung demokratischer Rechtsstaaten oder die Unterstützung terroristischer Ideologien abzielt.
4. **Sensibilisierung staatlicher Fördergeber:** Verschärfte Prüfung von Projektpartnern im Bereich Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf personelle oder ideologische Verflechtungen mit dem PFLP-Umfeld.